

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Nachricht

ERINNERUNGSPOLITIK/ANTIFASCHISMUS

Mittwoch, 06. Mai 2015

Autor/Innen: [Karl Heinz Roth](#)

Bestialische Besatzer

Der Historiker Karl Heinz Roth über die Ausplünderung Griechenlands durch die Nazis, die Berliner Arroganz gegenüber Reparationsforderungen und die Notwendigkeit eines neuen 1968.

***Karl Heinz Roth**, Jahrgang 1942, ist einer der profiliertesten linken Historiker in der Bundesrepublik. Nach einem Medizinstudium engagierte er sich bei den Studentenprotesten gegen Notstandsgesetzgebung und Vietnamkrieg. Roth gehörte dem Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes an, arbeitete unter anderem als Betriebsarzt der Kölner Ford-Werke und gehörte zu den wichtigsten operativ orientierten Stimmen der linken Szene, unter anderem als Mitgründer der Zeitschrift «Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft» 1975. Im selben Jahr geriet Roth in eine Schießerei mit der Polizei, bei der ein Beamter und ein Mitglied der linksradikalen Bewegung 2. Juni getötet wurden. 1986 begründete Roth die «1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts», ebenfalls 1986 wurde er mit einer Forschungsarbeit über Filmpropaganda und Vernichtung der Geisteskranken und Behinderten im «Dritten Reich» promoviert. Wichtige Wegmarken kritischer Geschichtswissenschaft wurden die von Roth herausgegebenen O.M.G.U.S-Berichte gegen die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die I.G. Farben. Von ihm erschienen zahlreiche Bücher, unter anderem «Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952 bis 1990» (bei Konkret Literatur Verlag Hamburg), «Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomik der <friedlichen> Aggressionen Deutschlands 1938/39» (als Herausgeber gemeinsam mit Werner Röhr und Brigitte Berlekamp im VSA-Verlag Hamburg) oder «Reemtsma auf der Krim: Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft 1941-1944» (gemeinsam mit Jan-Peter Abraham in der Edition Nautilus Hamburg). Ganz aktuell ist von ihm die Flugschrift «Griechenland am Abgrund. Die deutsche Reparationsschuld» im VSA-Verlag Hamburg erschienen. Mit Karl Heinz Roth sprach **Tom Strohschneider**.*



Herr Roth, Kanzlerin Angela Merkel hat gegenüber Alexis Tsipras unlängst erklärt, sie wolle Griechenland im Euro behalten. Der SYRIZA-Premier antwortete: «Wir haben unseren Teil dafür getan. Tun Sie ihren.» Was müsste Berlin tun?

Karl Heinz Roth: Die Bundesregierung müsste einem Schuldenmoratorium und einem Schuldenschnitt zustimmen. Das ist der entscheidende Ausgangspunkt, um überhaupt zu einer Lösung der Griechenlandkrise zu kommen.

Derzeit wird weder über das eine noch das andere diskutiert. Sondern über eine Reformliste. Angemessen für die Herausforderung?

Nein, denn die Probleme sind gigantisch. Griechenland befindet sich am Abgrund. Etwa 15 Prozent der Kapitalsubstanz sind inzwischen vernichtet. Die bisherige Politik aus Troika-Diktaten und Sozialkürzungen haben die Wirtschaftsleistung um fast 30 Prozent schrumpfen lassen. Ob bei der Binnennachfrage, den Investitionen, im Gesundheitssektor: Wir sehen völlig katastrophale Daten. Wenn nicht radikale Schritte eingeleitet werden, dann wird nicht nur Griechenland, sondern, davon bin ich überzeugt, auch Europa, in eine sehr gefährliche Situation geraten.

Sie befürchten einen Rechtsruck?

In Europa beobachten wir ja schon eine rechtskonservative Entwicklung. Überall sind konservative Regierungen am Ruder. Diese stehen unter Druck von rechts, das heißt, sie können und wollen keinerlei Konzessionen gegenüber Griechenland machen. Das kann sich aufschaukeln. Und die Bedingungen, die jetzt gegen SYRIZA durchgesetzt werden sollen, würden ja zusätzlich eine radikale Beschleunigung der bisherigen Austeritätspolitik bedeuten.

Die ist nach Ansicht vieler Ökonomen gescheitert. Warum wird trotzdem daran festgehalten?

Es steht eine grundlegende strategische Option auf dem Spiel. Die USA haben seit den 1950er und 1960er Jahren die Bundesrepublik und dann später das vereinigte Deutschland zur europäischen Hegemonialmacht aufgebaut. Dies basierte auf einer bestimmten wirtschaftspolitischen Strategie, die man als Neo-Merkantilismus bezeichnet: systematische Lohnsenkungen kombiniert mit einer Strategie des Export-Dumpings. Anders gesagt: Es wurde eine extrem restriktive innere Politik verfolgt, um expansive Prozesse zu ermöglichen, vor allem Kapitalexport. Dieses strategische Modell ist später durch das europäische Währungssystem seit Ende der 1970er Jahre gestärkt worden. Und das steht jetzt zur Debatte: Gibt es in Europa eine Wende hin zu moderaten keynesianischen Modellen, wie das ja im Kern zunächst einmal auch die Strategie von SYRIZA aber eben auch derzeit in den USA ist? Die deutschen Eliten kämpfen dagegen an mit aller Verbissenheit, um das deutsche Modell zu retten.

Das wird in Griechenland nicht zuletzt durch die Brille der historischen Erfahrung betrachtet. Es ist jetzt viel über die Frage der Reparationen diskutiert worden. Sigmar Gabriel hat diese Debatte als «dumm» bezeichnet. Ist mein Eindruck richtig, dass über die deutsche Schuld gegenüber Griechenland weniger emphatisch gesprochen wird als zum Beispiel mit Blick auf die Naziverbrechen in Polen?

Das Verhältnis der deutschen Eliten gegenüber Griechenland hat zwei Seiten. Da ist einmal eine Art Minderwertigkeitskomplex: Die Deutschen haben Griechenland im April 1941 überfallen – in einer Flankenoperation zur Vorbereitung des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion. Sie haben geglaubt, Griechenland und Jugoslawien innerhalb kürzester Zeit in das faschistische Europa integrieren zu können. Doch in beiden Ländern entstand rasch eine breite und starke Widerstandsbewegung. Auf der anderen Seite sehen wir diese massive Herablassung, die bis zur offenen Verachtung reicht. Die rührt auch daher, dass die Griechen zu den wenigen gehörten, die seit den 1950er Jahren immer wieder die Frage der Reparationen offensiv angesprochen und Kriegsschadigungen für das ihnen angetane Unrecht verlangt haben.

Mit geringem Erfolg bisher.

Was ich in den Akten der deutschen Außenpolitik gelesen habe, die sich damit befassen, hat mich bestürzt: Wie extrem arrogant und herablassend mit den Forderungen aus Athen umgegangen wurde! Es gab ein paar Brosamen vom deutschen Herrentisch in den 1950er und 1960er Jahren – aber letztlich wurden die Griechen immer auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet.

In der Reparationsdebatte ist mir eines aufgefallen: Man kennt ein paar Schlagworte, sogar die Zwangsanleihe von 1941 ist inzwischen ein öffentlicher Begriff. Aber die Dimension des NS-Terrors in Griechenland wird kaum greifbar gemacht. Das geht bis dahin, dass in den Medien nur ganz wenige Fotos kursieren, deren Aussagekraft durch Wiederholung entwertet wird.

Es gibt eine ganz merkwürdige Kombination von historischer Amnesie, von historischem Unwissen und von Arroganz. Über die Besatzung und Ausplünderung Griechenlands wissen viele kaum etwas. Die Nazis haben dabei Pläne umgesetzt, die eigentlich für den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion erstellt worden waren. Sie haben beim Überfall auf Griechenland im April 1941 getestet, was im Juni 1941 auch beim Überfall auf die Sowjetunion zum Einsatz kommen sollte.

Mit dem Unterschied, dass es in Griechenland auch wirklich zur Besatzung kam.

Und zwar in einer besonders radikalen Weise. Griechenland wurde nicht nur gezwungen, die Besatzungskosten selbst, sondern die gesamten Infrastrukturkosten für den Krieg gegen Nordafrika und im östlichen Mittelmeer zu finanzieren. Zudem wurde die griechische Volkswirtschaft systematisch ausgeraubt. Die Zwangsanleihe haben Sie bereits angesprochen, hinzu kam eine gezielte Politik der Hyperinflation, die dazu führte, dass bereits im Winter 1941/42 über 100 000 Menschen in den griechischen Großstädten verhungerten.

Hat dies das Entstehen einer besonders starken Widerstandsbewegung befördert?

Es gab eine Kombination von alternativer Subsistenzwirtschaft, Flucht aus den Städten und dem Aufbau eines bewaffneten Widerstands in den ländlichen Regionen. Das hat die Deutschen völlig überrascht. Sie hatten überhaupt keine Pläne für Griechenland außer ihrem Konzept der Ausplünderung. Deshalb wurde auf den Widerstand auch mit einer blindwütigen Politik der Massaker reagiert. In den Monaten ihres Abzugs im September und Oktober 1944 haben die Deutschen dann auch noch die gesamte griechische Infrastruktur zerstört. Neben Jugoslawien gibt es in den nord-, west- und südeuropäischen Ländern keinen vergleichbaren Fall, in dem die deutschen Besatzer so brutal operiert haben.

Wenn von den Massakern die Rede ist, wird stets Distomo genannt. Das Dorf ist zum Symbol für die Gräueltaten der Nazis geworden. Zugleich scheint aber das Wissen darüber zu fehlen, dass es sich keineswegs um wenige Fälle gehandelt hat.

Wenn man abseits der typischen Touristenattraktionen die Augen offen hält, sieht man auch überall die kleinen Gedenkstätten in den ländlichen Regionen. Es waren nach seriösen Schätzungen etwa 1600 Weiler, Dörfer und Kleinstädte, die vernichtet worden sind. Über 100 000 Häuser wurden zerstört, 400 000 Menschen wurden obdachlos. Allein bei den Massakern in den Dörfern sind mindestens 56 000 Menschen oft auf bestialische Weise ermordet worden – überwiegend Frauen, Kinder und Alte. Die Politik der verbrannten Erde in den besetzten Gebieten wurde systematisch praktiziert. Es ist fatal, dass diese ungeheure Dimension in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle spielt.

Wenn in Athen Forderungen nach Wiedergutmachung und Reparationen erhoben werden, verweist die Bundesregierung stets darauf, alle Ansprüche seien erledigt.

Falsch. Es ist völkerrechtlich eindeutig, dass die Reparationsfrage nicht abschließend beantwortet wurde. Dazu haben sich viele Juristen entsprechend geäußert. Und wenn man die einschlägigen deutschen Akten dazu studiert, wird sofort erkennbar, dass dies auch die Spezialisten der Bundesministerien wussten. Auf der Londoner Schuldenkonferenz hieß es, die Reparationsfrage muss später geklärt werden. Im so genannten Überleitungsvertrag von 1954, der die Bundesrepublik in die Souveränität führte, wurde festgelegt, die Reparationsfrage muss im Rahmen eines Friedensvertrags beantwortet werden. Diesen Vertrag gibt es mit dem 2+4-Vertrag – doch hinter den Bonner Kulissen wurde die Parole ausgegeben: Das ist kein Friedensvertrag. Weil alle wussten, wenn das als Friedensvertrag in der Öffentlichkeit behandelt wird, steht auch eine abschließende Regelung der Reparationsfrage an. Das wollte keine Bundesregierung. Und da sie die Äußerung des SPD-Vorsitzenden angesprochen haben. Ich finde es beschämend, dass ein führender Sozialdemokrat mit seiner Abwehrhaltung in der Reparationsfrage auf die Argumentationslinien der postnazistischen Ministerialbürokratie einschwenkt.

Wie könnte Griechenland entschädigt werden?

Der 2+4-Vertrag sollte durch einen abschließenden Reparationsvertrag ergänzt werden. Eine Art Schlussakte, in der noch einmal alles auf den Tisch kommt und in der eine Bilanz der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg gezogen wird. Auf dieser Basis könnten die Ansprüche der noch nicht entschädigten Angehörigen und überlebenden Opfer befriedigt werden. Und auch die ausstehenden Wiedergutmachungen und Reparationsleistungen würden dann geklärt werden können.

Könnte Deutschland das denn überhaupt zahlen?

Die Deutsche Bundesbank hat ausreichende Goldreserven. Sie sollten nicht nur für die Reparationen in Griechenland, sondern für eine allgemeine Reparationsakte zur Verfügung gestellt werden.

Aber allein in Griechenland kursiert eine Summe von fast 280 Milliarden Euro.

Welche Summen bei einer abschließenden Reparationsakte herauskommen, wird man sehen. Deutschland ist reich genug. Entscheidend ist etwas anderes: Ob es den politischen Willen dazu gibt.

Wo soll der herkommen?

Meine Generation, die der Kinder der Täter, hat in den 1960er und 1970er Jahren einen langen Kampf um die Aufklärung von NS-Verbrechen und die Aufarbeitung der Schuld geführt. Wenn man sich heute das ungeheure Defizit in der Erinnerungskultur ansieht, wo nur Krokodilstränen vergossen werden, aber eine materielle Wiedergutmachung von den Eliten gar nicht in Betracht gezogen wird, wird einem schnell klar: Auch die Enkel der

Täter müssen jetzt einen solchen Kampf führen.

In einem Wort: Es müsste ein »neues 1968« geben?

Ich denke, ja. Die Situation ist im Augenblick unerträglich. Es muss verstanden werden, dass es noch einmal einen solchen Prozess braucht – um endlich auch mit all dem zu brechen, was die deutsche Ministerialbürokratie seit den 1950er Jahren an Verdrängungspolitik geleistet hat. Bei einem neuen 1968, um diesen Begriff aufzugreifen, müsste es auch um diese moralisch-politischen Aspekte gehen. Eine europäische Neugründung ist nur möglich, wenn wir jetzt agieren und wenn jetzt in den nächsten Monaten eine breite soziale Massenbewegung in Gang kommt, die nicht nur das griechische Experiment beschützt und unterstützt, sondern auch mit der moralischen Schuld umzugehen lernt.

Seit 100 Tagen ringt die SYRIZA-geführte Regierung in Athen mit ihren Gläubigern um die Zukunft ihres Landes. Dabei trifft sie nach wie vor auf heftigen Widerstand in Brüssel und Berlin. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung zieht in Kooperation mit der Tageszeitung »neues deutschland« eine erste Bilanz – mit Interviews, Veranstaltungen und Texten: www.rosalux.de/100-tage-syriza



Karl Heinz Roth
[Mehr zum Autor](#)

Weitere Nachrichten zum Thema

[Stimmung des Vertrauens](#)

[Im Kreis, die Schlinge um den Hals](#)

Downloads



[100-Tage-Syriza_Karl-Heinz-Roth.pdf](#)

Weiterführende Links

www.rosalux.de/100-tage-syriza

[zur Übersicht](#)